



Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Brauer-Bund e.V.

Stand vom 27.06.2025 12:03:36 bis 14.07.2025 14:36:42

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000424
Ersteintrag:	11.02.2022
Letzte Änderung:	27.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Neustädtische Kirchstraße 7A 10117 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +49302091670 E-Mail-Adressen: info@brauer-bund.de Webseiten: www.brauer-bund.de www.bierbewusstgeniessen.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

780.001 bis 790.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,10

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Christian Weber**

Funktion: Präsident

2. Michael Hollmann

Funktion: Vizepräsident

3. Dipl.-Ing. Mathias Keil

Funktion: Vizepräsident, Schatzmeister

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):**1. Holger Eichele****2. Julia Busse****3. Daniel Schock****4. Matthias Nadolski****5. Christian Weber****6. Michael Hollmann****7. Dipl.-Ing. Mathias Keil****Gesamtzahl der Mitglieder:**

12 Mitglieder am 16.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (9):

1. Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V. (BVE)

2. Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement e.V. (DGVM)

3. Europäische Bewegung Deutschland e.V.

4. Lebensmittelverband Deutschland e.V.

5. Wirtschaftsforum der SPD e.V.

6. Wirtschaftsrat der CDU e.V.

7. Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft ZAW e.V.

8. Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e. V.

9. The Brewers of Europe

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche**Interessen- und Vorhabenbereiche (17):**

Allgemeine Energiepolitik; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Lebens- und Genussmittelindustrie; Werbung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Recht"; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz;

Handel und Dienstleistungen; Handwerk; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Deutsche Brauer-Bund e.V. (DBB) vertritt die Interessen der deutschen Brauwirtschaft zum Erhalt optimaler Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene. Zu seinen Mitgliedern zählen große Braugruppen ebenso wie regionale Mitgliedsverbände, in den kleinere und mittlere Brauereien organisiert sind.

Zum Zweck der Interessenvertretung ist der DBB im Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit von Brauereien von großer Bedeutung sind. Auch auf europäischer Ebene ist der Verband als Interessenvertreter der deutschen Brauereien aktiv. Der DBB ist der Ansprechpartner der Politik und der Verwaltung für die Belange der Brauwirtschaft. Er bezieht Stellung zu Gesetz-, Richtlinien- und Verordnungsentwürfen und nimmt für die Mitglieder an Anhörungen beispielsweise im Deutschen Bundestag teil. Der Verband veranstaltet Diskussionsrunden und ähnliche dem Austausch dienende Formate. Er ist die Stimme der Branche gegenüber Staat, Gesellschaft, Wissenschaft und Partnern der Wirtschaft.

Konkrete Regelungsvorhaben (19)

1. Zulassung von Hopfen als nichtökologische Zutat in verarbeiteten ökologischen Lebensmitteln

Beschreibung:

Dänemark hat Anträge auf Zulassung von zwei Hopfensorten als nicht-ökologische Zutat landwirtschaftlichen Ursprungs bei der EU-Kommission zur Aufnahme in Anhang V Teil B der Verordnung (EU) 2021/1165 eingereicht. Der DBB sieht mit Sorge, dass abermals ein EU-Mitgliedstaat die geltenden Ausnahmeregeln für die Verwendung von konventionell angebautem Hopfen beim Brauen von mit dem Bio-Siegel ausgelobten Bieren lockern bzw. weitgehend liberalisieren will. Die Bundesregierung soll sich auf EU-Ebene weiterhin dafür einsetzen, dass in einem „Bio-Bier“ weiterhin nur Bio-Hopfen enthalten ist. Dies ist sowohl im Interesse der Brauereien, als auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2404230008 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Vereinfachungsregelung zum grenzüberschreitenden Versand von Bierproben zu gewerblichen Zwecken**Beschreibung:**

Das Bundesfinanzministerium wird gebeten, sich auf EU-Ebene für eine unbürokratische Regelung einzusetzen, die die bislang gängige und sicherlich nicht nur für Brauereien sehr wichtige Praxis der grenzüberschreitenden Versendung von Produktproben ermöglicht.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2404240001](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

3. Entwurf einer Verordnung zum Verbot der Verwendung von Bisphenol A in Lebensmittelkontaktmaterialien**Beschreibung:**

Die EU-Kommission hat am 09.02.2024 einen Verordnungsentwurf zum Verbot der Verwendung von Bisphenol A in Lebensmittelkontaktmaterialien vorgelegt. Der DBB hält es für erforderlich, den bei Inkrafttreten der Verordnung bereits in Betrieb befindlichen Anlagen zur Lebensmittelherstellung einen unbefristeten Bestandsschutz zu gewähren.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2404230009](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Vorschläge zum Bürokratieentlastungsgesetz**Beschreibung:**

Der DBB hat sich mit konfeten Vorschlägen in die laufenden Beratungen des BEG IV eingebbracht.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 129/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

HGB [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Handwerk [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2404240002 (PDF - 2 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 18.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Stärkung der Aufklärung zu moderatem Bierkonsum

Beschreibung:

Beibehaltung der Trennung zwischen verantwortungsvollem Bierkonsum und schädlichem Alkoholmissbrauch. Unterstützung der vielfältigen Präventionskampagnen der deutschen Brauwirtschaft unter der Dachkampagne "Bier bewusst geniessen".

Interessenbereiche:

Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

6. Packaging and Packaging Waste Regulation (PPWR) / Offene Fragen zum Schutz bestehender Mehrwegsysteme

Beschreibung:

Vor dem Ende der Legislaturperiode wurde auf EU-Ebene die neue Verpackungsverordnung (Packaging and Packaging Waste Regulation - PPWR) verabschiedet. Der DBB und weitere Verbände der Getränkewirtschaft haben das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz in einem gemeinsamen Schreiben um Klärung der noch offenen Fragen zum Schutz bestehender Mehrwegsysteme gebeten.

Betroffenes geltendes Recht:

VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2407220002](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

7. [**Änderung des Jugendschutzgesetzes**](#)

Beschreibung:

In einem Schreiben an zuständige Ministerien und Bundestagsabgeordnete befürwortet der DBB die diskutierte Änderung des Jugendschutzgesetzes, mit der die Ausnahmeregelung zum Konsum alkoholischer Getränke für jüngere Personen ersatzlos gestrichen werden soll und die Altersgrenze bei 16 Jahren verbleibt. Der DBB setzt sich intensiv für einen starken Jugendschutz ein, insbesondere mit Präventionskampagnen wie „BIER ERST AB 16“, „DRINK RESPONSIBLY“ oder „DON'T DRINK AND DRIVE“.

Betroffenes geltendes Recht:

[JuSchG](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Lebens- und Genussmittelindustrie [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [[alle RV hierzu](#)]; Verbraucherschutz [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2407220003](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

8. Evaluierung und Weiterentwicklung des Agrarorganisationen und Lieferketten-Gesetz (AgrarOLkG)

Beschreibung:

Ein Gesetzesentwurf zur Fortführung und Anpassung des AgrarOLkG ist erforderlich. Die letzte Novelle lässt wichtige strukturelle Änderungen zum Leidwesen der Lieferanten vermissen, denn sie wird nicht dazu beitragen, dass Lieferanten vor der massiven Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels künftig effektiver geschützt werden. Der DBB regt an, dass die Bundesregierung und das Parlament das für kommendes Jahr in Aussicht gestellte Sondergutachten der Monopolkommission zum Lebensmittelmarkt sowie den ebenfalls für 2025 erwarteten Evaluierungsbericht der Europäischen Kommission zur UTP-Richtlinie zum Anlass nehmen sollten, stärker gegen unlautere Handelspraktiken vorzugehen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9570 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Evaluierungsbericht zu den Regelungen über unlautere Handelspraktiken des Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetzes

Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AgrarMSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2408150020 (PDF - 3 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 22.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20.

WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.

WP) [alle SG dorthin]

9. DBB-Positionen zur Bundestagswahl 2025

Beschreibung:

In einem Booklet fasst der DBB vor der Bundestagswahl 2025 zentrale Positionen des Verbandes zusammen.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503310084 \(PDF - 16 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. [Entwurf einer EU-Richtlinie über Umweltaussagen - Green-Claims-Richtlinie](#)

Beschreibung:

Der DBB unterstützt sinnvolle Regelungen, wenn damit verhindert werden kann, dass sich Mitbewerber mittels irreführender werblicher Umweltaussagen („Greenwashing“) in unlauterer Weise einen Vorteil verschaffen. Durch die UGP-Richtlinie, umgesetzt im UWG, bestehen bereits seit Jahrzehnten einheitliche Regelungen in Bezug auf unlautere Geschäftspraktiken. Das Verbot irreführender Werbung erfasst auch die Werbung mit irreführenden Umweltaussagen. Die geplante Green-Claims-Richtlinie droht für Unternehmen eine kaum zu bewältigende Hürde an Bürokratie zu schaffen – mit schwerwiegenden Konsequenzen für Wirtschaft, Innovation und die Meinungsfreiheit. In einem gemeinsamen Schreiben warnen zahlreiche Verbände daher vor der Einführung eines Vorabprüfungsverfahrens für Umweltaussagen.

Betroffenes geltendes Recht:

UWG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503310092 \(PDF - 16 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 14.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

11. US-Zölle auf EU-Stahl und Aluminium / Retorsionsmaßnahmen der EU

Beschreibung:

Gemeinsam mit dem Verband der Ausfuhrbrauereien (VAB) bringt der DBB seine Besorgnis hinsichtlich von der EU geplanten Gegenzöllen für US-Produkte zum Ausdruck.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503310096** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

12. Kernforderungen der Energieintensive Ernährungswirtschaft an die Politik

Beschreibung:

Um die Ernährungssicherung und Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa aufrechtzuerhalten, braucht es aus Sicht der Energieintensiven Ernährungsindustrie ein neues Bewusstsein für die energiepolitischen Herausforderungen der Ernährungsindustrie. Vor diesem Hintergrund hat sich eine Verbändeallianz während der Koalitionsgespräche an Mitglieder der Verhandlungsteams von Union und SPD gewandt.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503310099** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.03.2025 an:

Bundestag

13. Verbändeschreiben an BM Lauterbach

Beschreibung:

In einem gemeinsamen Schreiben wenden sich der Deutsche Weinbauverband und der Deutsche Brauer-Bund an den Bundesminister für Gesundheit, um eine weiterhin auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Diskussion über die Risiken des Alkoholkonsums anzuregen.

Interessenbereiche:

Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503310100 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

14. Koalitionsverhandlungen 2025

Beschreibung:

Mit Blick auf Diskussionen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen wendet sich der DBB gegen Werbebeschränkungen für alkoholhaltige Getränke. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, dass der Alkoholkonsum in Deutschland insbesondere bei Jugendlichen seit Jahren deutlich rückläufig ist, und das ohne zusätzliche Werbeverbote.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503310102 \(PDF - 4 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

15. Erklärung der deutschen Wirtschaft zu den Koalitionsverhandlungen 2025

Beschreibung:

Erklärung der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Koalitionsverhandlungen. In einer gemeinsamen Erklärung mit 100 Verbänden fordert der DBB die Steuerlast auf maximal 25 Prozent zu senken, eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, weniger unnötige

Bürokratie sowie niedrigere und planbarere Energiepreise. Ohne tiefgreifende Strukturreformen wird es keinen nachhaltigen Aufschwung geben. Nur durch neues wirtschaftliches Wachstum können Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert werden. Der Standort Deutschland muss dringend wieder attraktiver werden – für Investitionen, für Innovationen und für all jene, die mit unternehmerischem Mut Verantwortung übernehmen.

Interessenbereiche:

Handwerk [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506100027 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.04.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

16. Austausch zum Bierrecht unter Berücksichtigung europarechtlicher Aspekte

Beschreibung:

Austausch zur Umsetzung des deutschen Bierrechts mit Blick auf die behördliche Verwaltungspraxis sowie Erörterung europarechtlicher Aspekte und möglicher Anpassungen zur Vereinfachung des Vollzugs

Interessenbereiche:

Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

17. Entwurf einer EU-Richtlinie über Umweltaussagen - Green-Claims-Richtlinie

Beschreibung:

Der DBB unterstützt sinnvolle Regelungen, wenn damit verhindert werden kann, dass sich Mitbewerber mittels irreführender werblicher Umweltaussagen („Greenwashing“) in unlauterer Weise einen Vorteil verschaffen. Durch die UGP-Richtlinie, umgesetzt im UWG, bestehen bereits seit Jahrzehnten einheitliche Regelungen in Bezug auf unlautere Geschäftspraktiken. Die geplante Green-Claims-Richtlinie droht für Unternehmen eine kaum zu bewältigende Hürde an Bürokratie zu schaffen – mit schwerwiegenden Konsequenzen für Wirtschaft, Innovation und die Meinungsfreiheit. In einem gemeinsamen Schreiben warnen zahlreiche Verbände daher vor der Einführung eines Vorabprüfungsverfahrens für Umweltaussagen und fordern die Bundesregierung auf, sich für eine Aussetzung des Trilogs auf EU-Ebene einzusetzen.

Betroffenes geltendes Recht:

UWG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506100028](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

18. Austausch der Mitgliedstaaten im EU-Gesundheitsrat

Beschreibung:

Der EU-Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ tauscht sich auf seiner Sitzung in Luxemburg über politische und rechtliche Maßnahmen zur Regulierung u.a. des Alkoholmarktes aus. Der DBB nimmt im Vorfeld der Sitzung Stellung und verweist insbesondere auf die rückläufigen Zahlen zum Alkoholkonsum.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506160026](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [alle SG dorthin]

**19. Forderungen der Ernährungs- und Getränkewirtschaft für Leitlinien zum Umgang mit
Wasserknappheit**

Beschreibung:

Lebensmittelbetriebe sind auf die Nutzung sauberer, sicherer und nachhaltiger Grundwasservorkommen angewiesen. Die Ernährungs- und Getränkewirtschaft ist dabei nur ein sehr kleiner Entnehmer von Wasser. Der Anteil an den Grundwasserentnahmen beträgt

deutschlandweit rd. 2,5 Prozent. Aus Sicht des DBB und weiterer Verbände sollten sich Leitlinien für Wasserknappheit an den mehreren Eckpunkten orientieren, die in diesem gemeinsamen Schreiben zusammengefasst sind.

Interessenbereiche:

Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506160027 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

2.100.001 bis 2.110.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (5):

1. Anheuser-Busch InBev Deutschland
2. Bitburger Braugruppe GmbH
3. Krombacher Brauerei Bernhard Schadeberg GmbH & Co. KG
4. Paulaner Brauerei Gruppe GmbH & Co. KGaA
5. Radeberger Gruppe KG

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[DBB-GuV-2024.pdf](#)